

Andreas Martin
Schulterblick

„Wir sind Charaktere einer großen Erzählung, alle.“
(Alexander Osang)

Die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung sucht gegenwärtig im Schreibwettbewerb für Seniorinnen und Senioren „Geschafft. Geschichten vom Wandel“ ausdrücklich „Mut machende Geschichten“ aus einer Zeit, die sich für mindestens zwei Generationen ehemaliger DDR-Bürger zum überwiegenden Teil – so wage ich zu behaupten – als eine Phase existenzieller Lebenskrisen darstellt. In diesem Wettbewerb sind Lebensgeschichten, die von bedrohlichen Entwicklungen berichten, nicht gefragt. Ist die Gesellschaft im Osten Deutschlands drei Jahrzehnte nach der politischen Wende bereit, durch Verdrängen Zukunft zu generieren? Oder ist es Ausdruck einer gewissen Erinnerungsmüdigkeit? Ist nicht bereits alles gesagt, geschrieben und auch filmisch dokumentiert?

Wenn nun im Aufruf zu Beiträgen für dieses „Forum“ formuliert wurde, dass das Fach in den neuen Bundesländern „nie diejenige institutionelle Festigkeit und Stabilität erreicht [hat] wie in den alten Bundesländern“, so ist das zunächst eine sachliche Feststellung. Aber die ist nicht neu! Und sie trifft auch nicht nur auf die Zeit nach der politischen Wende im Osten Deutschlands zu. Warum steht also gerade heute die Frage nach den Ursachen im Raum? Wohl, weil es erneut Unsicherheiten bei der Erhaltung des Geschaffenen gibt, sei das Erreichte auch noch so minimal. Der in der Einladung zu diesem Forum vorgetragene Aussage zu folgen, dass „die Ungleichheit der Verhältnisse“ nach 30 Jahren deutscher Einheit „zur Marginalisierung unserer Disziplin und zur Erosion der ohnehin schwachen institutionellen Strukturen führt“, fällt mir persönlich schwer. Im Rückblick denke ich eher, dass die Marginalisierung des Faches in der westdeutschen Forschungslandschaft vor 1990 dazu geführt hat, dass bei der Neugestaltung der Hochschullandschaft in den östlichen Bundesländern, die vor allem von Neu-Gründungsrektoren und Neu-Gründungsdekanen aus der alten Bundesrepublik verantwortet wurde, nur die vermeintlich „wichtigen“ Fächer aufgerufen wurden. In Sachsen kam es recht zügig zur Einrichtung von drei Lehrstühlen für Landesgeschichte. Dagegen blieben Gespräche mit dem Dresdner Gründungsdekan für die Geistes- und Sozialwissenschaftliche Fakultät zu Beginn der 1990er Jahre auf der Ebene wenig Hoffnung signalisierender, diplomatischer Formulierungen. Selbst der in den 2000er Jahren angedachte Lehrstuhl Volkskunde an der Universität Leipzig wurde – trotz externer Finanzierungsmöglichkeit – nicht realisiert.

Beim Lesen von Schriftwechseln aus der Wendezeit im Nachdenken über diesen Text fiel mir der Entwurf eines Schreibens (undatiert, wohl Ende 1990) von Rudolf Weinhold in die Hände. Es war an die Bayrische Staatsregierung gerichtet und enthielt die Bitte um Übergangsfinanzierung für die Dresdner Forschungsstelle, deren Leitung Weinhold bis 1990 innehatte. Die Hoffnung, die aus diesem Schreiben spricht, muss

man aus heutiger Sicht als Fehleinschätzung möglicher Entwicklungen werten. Sie ist aber durchaus mit der Einschätzung zu vergleichen, die im November des gleichen Jahres zur Formulierung jener Banzer Resolution führte: Vom 2. bis 4. November 1990 fand im Bildungszentrum Kloster Banz der Hanns-Seidel-Stiftung ein Expertentreffen statt, um mögliche Hilfestellungen der bayrischen Kollegen für die Zukunft der volkskundlichen Arbeit in Sachsen und Thüringen zu besprechen. Es ging dabei um die Bereiche „Akademien und Hochschulen“, „Museen“ sowie „Geschichtsvereine und Heimatpflege“ (Bayerische Blätter 1990). Das Ergebnis dieses Treffens ist die Banzer Resolution: Volkskunde und Landesgeschichte sollten zukünftig im Osten Deutschlands in jedem Bundesland mit mindestens einem Lehrstuhl vertreten und in die Lehrerausbildung einbezogen sein. Neben der universitären Etablierung sei es erforderlich, in jedem Bundesland je eine außeruniversitäre Forschungsinstitution einzurichten bzw. eine arbeitsfähige fortzuführen. Die Existenz der Museen sollte durch Gründung von Träger-schaften gesichert und zu deren Betreuung eine Landesbehörde eingerichtet werden. Zur Unterstützung der Tätigkeit der Heimatpfleger, der Geschichts- und Heimatvereine sei eine staatliche Einrichtung erforderlich. Diese Strukturen entsprachen der Situation in den alten Ländern, speziell im Freistaat Bayern. Und die Experten gingen davon aus, dass die Übertragung bewährter Strukturen aus den alten Ländern möglich sein sollte. Aber so einfach gelang das nicht – selbst dann nicht, wenn der Gründungsdekan für die Geistes- und Sozialwissenschaften an der Technischen Universität Dresden ein langjähriger Lehrstuhlinhaber aus Bayern war. Doch muss man diese Aussage relativieren! Nur in einem Punkt wurde die Zielstellung der Resolution in Sachsen nicht realisiert: Einen Lehrstuhl für Volkskunde/Europäische Ethnologie/Kulturanthropologie/Empirische Kulturwissenschaft gibt es bis heute nicht.

Wir mussten erkennen, dass die Strahlkraft des Faches mit den Schrägstrichen in der Zeit, die vor allem von (wissenschafts-)politischen Entscheidungen geprägt war, gering blieb. Deshalb reifte in dieser Zeit der Gedanke, dass man im Osten nur deshalb so wenig erfolgreich war, weil das „Fach“ in den alten Ländern um Anerkennung ringen musste. Wie wenig die Wirkmächtigkeit wissenschaftlicher Arbeit des Faches in der Nachwendezeit ausgeprägt war, zeigte sich mir – das ist vor allem eine ganz persönliche Einschätzung – im Ergebnis des Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde (dgv), der 1999 in Halle stattfand. Als Kollege aus Sachsen war ich der Überzeugung, dass mit dieser Veranstaltung das Fach in Sachsen-Anhalt mehr Aufmerksamkeit erhalten würde. Doch auch das war – denke ich – eine Fehleinschätzung.

Geht es bei der heutigen Betrachtung der Situation tatsächlich um ein Interesse des Faches oder um Darstellung von Sorgen und Ängsten Betroffener? Wo bleiben in diesem Zusammenhang die Stimmen ehemaliger Kollegen, die nach ihren Erfahrungen volkskundlicher Arbeit im Osten nun als Lehrstuhlinhaber in den Altländern oder im Ausland tätig sind? Immer wieder wurde die Situation, dass die Leiter des Bereichs Volkskunde am Dresdner Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde nach

wenigen Jahren ihrer Tätigkeit einem Ruf auf einen Lehrstuhl folgten, als Zeichen der besonderen Anerkennung des Instituts durch das Fach Volkskunde gewertet. Aber auch an dieser Einrichtung verschob sich die strukturelle Gewichtung zwischen den Bereichen Landesgeschichte und Volkskunde seit dem Arbeitsbeginn im Jahr 1998. Das hat seine Ursache wohl in der Tatsache, dass die Volkskunde infolge des fehlenden Lehrstuhls nicht als Disziplin im Direktorium vertreten ist.

Weshalb hat man sich damals überhaupt auf eine solche Symbiose eingelassen? Weil es einerseits ein Glücksfall war und sich andererseits keine andere Möglichkeit bot: Die Landesgeschichte in Sachsen forderte die Einrichtung eines außeruniversitären Instituts, um langfristige Forschungsprojekte realisieren zu können. Der Name dieser Institution war mit ISG (Institut für Sächsische Geschichte) bereits in diversen Schreiben durch Karlheinz Blaschke als Initiator der Idee formuliert worden. Gleichzeitig gab es die Infrastruktur einer ehemaligen außeruniversitären Forschungseinrichtung und eine vierköpfige volkskundliche Forschergruppe, die im Rahmen der Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR durch den Wissenschaftsrat positiv evaluiert worden war (Martin 2019). In der Mitte der 1990er Jahre zeigte sich für diese im Wissenschaftlerintegrationsprogramm (WIP) geförderte Gruppe kaum noch eine Chance, eine strukturell selbstständige Forschungseinrichtung zu etablieren. Die Verbindung der Interessen von Landesgeschichte und WIP-Gruppe führte dann zu der Konstruktion ISGV: Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde – ein Name, der, auch wenn seine Sinnhaftigkeit heute Fragen aufwirft, vor einem Vierteljahrhundert erstritten werden musste.

Aber selbst bei dieser heute als positiv gewerteten Entwicklung muss man die Möglichkeiten und den Einfluss der vor Ort Agierenden relativieren: Es war schließlich die Tätigkeit der Mitarbeiter der DDR-Forschungsgruppe in der Zeit vor 1990, die der Wissenschaftsrat bewertet hatte. Und die positive Einschätzung dieser Arbeit bildete die eigentliche Grundlage, um in den 1990er Jahren mit Entscheidungsträgern über Zukunft sprechen zu können. In diesem Jahrzehnt des Übergangs waren es meist doch Fachvertreter – sorry, dass ich diesen Begriff doch verwende – „aus dem Westen“, die von Entscheidungsträgern in den Ostverwaltungen als Berater angesprochen wurden. Unsere Aufgabe als „Betroffene“ bestand häufig „lediglich“ darin, auf Entwicklungen und Anforderungen adäquat zu reagieren. Wenn eine solche Formulierung auch keinen positiven Blick auf diese Entwicklungsphase zulassen mag, muss man unterstreichen, dass im Fall der Dresdner WIP-Gruppe „Berater“ und „Betroffene“ letztlich das gleiche Ziel verfolgten. Eine solche Konstellation war die Voraussetzung dafür, die als Übergang geplante Entwicklung mit einem institutionellen Neubeginn abschließen zu können. Es ist an der Zeit, diesen Kollegen für ihre Aktivitäten zu danken. Sie blieben dem Institut über Jahre als Beiräte verbunden.

Abschließend: Die Tätigkeit im neu gegründeten Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde war für mich als 1983 an der Humboldt-Universität zu Berlin

diplomierter Ethnograph obendrein eine Rückkehr zu den in der Ausbildung gelegten Wurzeln. Neben der Volkskunde und der Völkerkunde gehörte auch die Geschichte zu den wissenschaftlichen Fächern, in denen wir als Studenten der Ethnographie eine Hauptprüfung abzulegen hatten.

<https://doi.org/10.31244/zfvk/2021/02.08>

Konrad Köstlin

Volkkundliche Kulturwissenschaft in den ostdeutschen Bundesländern?

„Statt einer echten Vereinigung wurde der DDR-Fußball einfach geschluckt. So lief es in vielen anderen Bereichen auch“, meinte der Historiker und Fußball-Fan Ilko-Sascha Kowalczyk kürzlich (Raack 2021). Das klingt nach jenem „Kahlschlag“ (Thijs 2021: 169), der spätestens nach den Ereignissen um die „Treuhand“ plausibles Interpretationsmuster geworden war. Der Arbeitsgruppe „Geisteswissenschaften“ des Wissenschaftsrates, die im Sommer 1990 „außeruniversitäre Forschungseinrichtungen“ der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) zu evaluieren hatte, wurde Ähnliches vorgeworfen. Die Frage nach „kompatiblen Strukturen“ der Organisation von Wissenschaft sei damals offenbar so verstanden worden, als ob nur der Osten als „Baustelle“ anzusehen sei (Thijs 2021: 178). Mitchell Ash hatte das Verfahren kritisch in die Frage „Wie im Westen, so auf Erden?“ gefasst (Ash 2010). In der Tat hatte sich die Nomenklatur der Begriffe für dieses Ost-West-Ereignis in Bezeichnungen für eine Überlegenheitsattitude, für Herrschaft und Dominanz, in eine Richtung entwickelt. Sie erzählte von „Übernehmen“ und „Schlucken“, wie sich das auch in „Anschluss“ und „Beitritt“, „Unterwerfung“ und „Abwicklung“ ausdrückte: Ein Beispiel für gelungenes „Framing“?

Wenn nun 30 Jahre nach dem Resultat der Vereinigung der beiden Volkskunden gefragt wird – begehen wir ein Jubiläum? –, wird dann der Gesteungskosten gedacht oder gar das Ende der DDR-Volkskunde konstatiert, wie es Ute Mohrmann mit verständlichen Argumenten getan hat (Mohrmann 2018)? Dann wäre das auch eine Antwort. Dazu sollte auch die ausführliche Arbeit von Theresa Brinkel (2012) zu Rate gezogen werden. Sie hat den Prozess nach Aktenlage und Interview-Feldforschung ausführlich dargestellt.

Die Bemerkung, nur der Osten sei als Baustelle wahrgenommen worden, erinnert daran, dass Wissenschaft, und zumal die vor allem sich reflektierende Volkskunde, eine beständige Baustelle ist, wie sie sich derzeit in der Diskussion um einen neuen Namen darstellt – voll der Hoffnung, man könne sich mit einem solchen dauerhaft besser sichtbar machen und der Marginalisierung entkommen. „Volkskunde“ war ein großzügig geschnittener, weiter und kommoder Mantel, unter den viele schlüpfen mochten und dabei auch für andere erkennbar blieben. „Volkkundliche Kulturwissenschaft“, immerhin, trifft die Situation des Fachs nicht nur in den ostdeutschen Ländern. Zwi-